

12. Februar 2014

## EU erlaubt Anbau von Genmais

**VON PETER RIESBECK**

**BRÜSSEL.** Erstmals seit 15 Jahren steht in Europa wieder eine genveränderte Maissorte vor der Zulassung. Die EU-Staaten konnten sich am Dienstag nicht auf ein Verbot für den Genmais 1507 des US-Herstellers DuPont Pioneer verständigen. Da auch keine Mehrheit für eine Genehmigung erzielt wurde, liegt die Entscheidung nun bei EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg. Dieser hatte bereits seine Zustimmung signalisiert, da die EU-Lebensmittelbehörde EFSA keine Bedenken gegen den neuen Mais vorgebracht hatte. Mit Mon810 des US-Konzerns Monsanto war in der EU 1999 letztmals eine Genmaissorte genehmigt worden. Dieser darf allerdings in Deutschland nicht angebaut werden.

In Berlin löste die bevorstehende Genehmigung eine heftige Debatte aus - auch, weil sich die schwarz-rote Bundesregierung beim entscheidenden Votum in Brüssel der Stimme enthielt. Die SPD-geführten Ministerien für Umwelt und Wirtschaft hatten sich für ein Verbot der Maissorte ausgesprochen, ebenso das Landwirtschaftsministerium von CSU-Minister Hans-Peter Friedrich. Dagegen wandten sich aber Kanzlerin Angela Merkel und ihre CDU. "Bei fehlender Einigung sieht die Geschäftsordnung der Bundesregierung Stimmenthaltung vor. Auch wenn mir das persönlich im Ergebnis nicht passt", sagte Europastaatsminister Michael Roth (SPD), der die Bundesregierung in Brüssel vertrat.

Die deutsche Enthaltung verärgerte wichtige EU-Partner. Für eine Zulassung hatten sich vor allem Großbritannien, Schweden und Spanien eingesetzt. Aber 19 Staaten, angeführt von Frankreich, Österreich, Polen und Italien, stimmten für ein Verbot. Frankreichs Agrarminister Stéphane Le Foll hatte bis zuletzt vergeblich auf Deutschland gehofft. "Es hätte auch mit Deutschland nicht für eine qualifizierte Mehrheit der Stimmen gereicht", sagte Roth.

Friedrich erklärte umgehend, er wolle ein nationales Verbot der neuen Gensorte anstreben. Ähnlich hatte sich zuvor auch Bayerns Regierungschef Horst Seehofer (CSU) geäußert. Doch bröckelt die Front. Sachsen-Anhalts Agrarminister Hermann Onko Aeikens (CDU) sprach sich nicht grundsätzlich gegen eine Zulassung aus.

Heftige Kritik am deutschen Vorgehen kam aus dem Europaparlament, das ein Verbot der neuen Sorte gefordert hatte. Der SPD-Abgeordnete Matthias Groote sprach von einem Armutszeugnis. Der Grünen-Parlamentarier **Martin Häusling** sah ein "Einknicken vor der Industrielobby" und warnte vor einer "Konzentration bei den Saatgutherstellern". Auch Umweltverbände äußerten Unmut. Martin Rucker von der Verbraucherorganisation Foodwatch sagte: "Wer so agiert, will eine mehrheitlich nicht akzeptierte Technik gegen den Willen der Menschen durchsetzen."

Genmais 1507 wird für die Tiermast oder in Biogasanlagen genutzt. Er ist gegen das Pestizid Glufosinat resistent und produziert ein Gift gegen den Maiszünsler-Schmetterling. DuPont Pioneer hatte 2001 eine Zulassung in der EU beantragt. Da nichts geschah, hatte der Europäische Gerichtshof im Vorjahr eine Entscheidung angemahnt. Nun soll die EU-Kommission entscheiden.

Agrartechnisch gilt Genmais 1507 als überholt. Die mögliche Zulassung hat daher vor allem symbolische Bedeutung. So lehnen 60 Prozent der Europäer genetisch veränderte Produkte ab. Der Konzern BASF hatte deshalb nach heftigen Protesten auf den Anbau seiner genveränderten Kartoffel Amflora in Europa verzichtet und seine Entwicklungsabteilung für grüne Agrartechnik in die USA verlegt. Neben der BASF ist auch Bayer auf dem Feld aktiv. Kommentar Seite 4

**"Wir wollen den Anbau dieser Sorte in Deutschland nicht haben."**

**Hans-Peter Friedrich (CSU), Agrarminister**

---

## Frankfurter Rundschau

Frankfurter Rundschau

Mittwoch **12.** Februar 2014

### Merkel lässt Genmais zu

Von Peter Riesbeck

BRÜSSEL. Europastaatsminister Michael Roth entschuldigte sich schon vor der Sitzung. "Ich gehe davon aus, dass es heute hier im Rat keine Mehrheit gegen den Anbau von Genmais in der Europäischen Union geben wird", sagte der SPD-Politiker und führte die Gemengelage noch einmal aus. In Berlin lehnten denn auch die SPD-geführten Ministerien Umwelt und Wirtschaft die Zulassung der Genmais-Sorte 1507 des US-Herstellers Dupont Pioneer ab. Ebenso das von der CSU geführte Agrarministerium.

Die CDU und ihre Kanzlerin Angela Merkel aber beharrten auf der Zulassung. "Für solch einen Fall sieht die Geschäftsordnung der Bundesregierung Stimmenthaltung vor. Auch wenn mir das persönlich im Ergebnis nicht passt", sagte Minister Roth.

Und so blieb seine Hand dann unten. Es gab im Kreis der 28 EU-Staaten weder eine Mehrheit für noch gegen die Zulassung der Genmaissorte. Dann ist dem Vertragswerk nach nun die EU-Kommission am Zug. Gesundheitskommissar Tonio Borg hatte zuvor seine Zustimmung signalisiert. Schließlich gebe es keine Bedenken der EU-Lebensmittelbehörde Efsa. Erstmals seit der Zulassung von Mon810 des US-Herstellers Monsanto 1999 wird damit wieder eine Genmaissorte in der EU zugelassen.

Bundeslandwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich (CSU) kündigte umgehend an, sich für ein nationales Verbot der neuen Sorte einzusetzen. Doch bröckelt die Front des Widerstands auf deutschen Feldern. Sachsen-Anhalts Agrarminister Hermann Onko Aeikens (CDU) etwa lehnt den Genmais nicht grundsätzlich ab.

Die Sorte 1507 wird für die Tiermast und Biogasanlagen genutzt. Sie ist resistent gegen das Pestizid Glufosinat und entwickelt ein Gift gegen den Maiszünsler, der auch deutsche Felder plagt. Agrartechnisch freilich ist die in den 90er Jahren entwickelte Maissorte längst überholt. Es geht bei der Zulassung also auch um die symbolische Grundsatzfrage, wie viel Gen es auf Europas Feldern eigentlich geben soll.

Warnung vor Monopol

Ausgebracht wird derzeit nur Mon810. Die genveränderte Kartoffel Amflora des BASF-Konzerns erhielt zwar die Zulassung, wird aber nach anhaltenden Protesten

nicht angebaut. Das Unternehmen reagierte aber auf den Widerstand und hatte vor zwei Jahren angekündigt, künftig in den USA an Genpflanzen zu forschen. In Deutschland ist ansonsten noch Bayer auf dem Feld der grünen Gentechnik aktiv.

Wissenschaftlich sind die Folgen umstritten. Befürworter loben die bessere Qualität der Ernte. Kritiker wie der Grünen-Europaabgeordnete **Martin Häusling** warnen vor Monopolstrukturen bei Saatgutherstellern. "Europas Agrarwirtschaft ist mehr von kleinbäuerlichen Strukturen geprägt, in den Vereinigten Staaten dominiert ein agro-industrieller Ansatz, mit mehr Pestiziden, mehr Antibiotika und Gen-Food. Das hat Auswirkungen bis hin zu einer Konzentration bei den Saatgutherstellern", so Häusling.

Dupont Pioneer hatte die Zulassung schon 2001 beantragt. Da nichts geschah, machte im Vorjahr der Europäische Gerichtshof Druck, und mahnten eine Entscheidung bis Februar an.

Die deutsche Enthaltung hat wichtige EU-Partner verärgert. Für eine Zulassung hatten sich vor allem Großbritannien, Schweden und Spanien eingesetzt. Aber 19 Staaten, angeführt von Frankreich, Österreich, Polen und Italien, stimmten für ein Verbot. Frankreichs Agrarminister Stéphane Le Foll hatte bis zuletzt vergeblich auf die Deutschen gehofft. "Es hätte auch mit Deutschland nicht für eine qualifizierte Mehrheit der Stimmen gereicht", wandte Roth jedoch ein.

Neben Deutschland enthielten sich Belgien, Portugal und Tschechien. Hierzulande gilt vor allem die naturwissenschaftlich geschulte Kanzlerin als Befürworterin der grünen Gentechnik. Nun kommt es in Europa also zur Aussaat durch Unterlassung.

---

## Frankfurter Rundschau

Frankfurter Rundschau

Mittwoch **12.** Februar 2014

### Die Mär vom Goldenen Reis

#### **Gentec-Pflanzen halten bisher nicht, was die Agrarindustrie verspricht**

Von Stephan Börnecke

Mancher Landwirt kann es nicht lassen: Obwohl seit 2009 in Deutschland wegen unkalkulierbarer Auswirkungen auf die Umwelt verboten, haben zwei Bauern aus Sachsen-Anhalt die Aussaat des Gentec-Maises Mon810 beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit für dieses Frühjahr angemeldet. Sie geben die Hoffnung auf Wiederezulassung nicht auf. Einmal 5 Hektar, einmal 50.

Das mag so ganz nach dem Geschmack des dortigen Landwirtschaftsministers Hermann Onko Aeikens sein. Der Christdemokrat wird nicht müde, für die Gentechnik zu werben - und weiß sich doch auf verlorenem Posten. Sachsen-Anhalt war lange Zeit ein Hot-Spot von Freisetzungsversuchen mit allerlei gentechnischen Experimenten - geblieben ist davon praktisch nichts. Manchmal spielten Steuerhinterziehung und zwielichtige Doppelförderung dabei eine Rolle, dass die Versuche beendet wurden. Dann wieder setzten Gentechnik-Gegner den Forschungen derart zu, dass die Wissenschaft resigniert aufgab. 2013 war das erste Jahr in der Bundesrepublik seit 1994, in dem es weder Freisetzungsversuche

noch einen regulären Anbau von Gentec-Pflanzen gab.

Doch Politiker wie Aeikens geben nicht auf. Am Dienstag bekräftigte er im Deutschlandradio, dass gentechnisch veränderte Produkte auf dieser Welt einen Beitrag zur Lösung etwa des Hungers leisten könnten. Wie? Das ließ Aeikens wohlweislich offen. Tatsächlich hinkt die Agro-Industrie seit Jahren ihren Versprechungen hinterher. Gen-Pflanzen, die das Hungerproblem lösen können, gibt es nicht. Über die üblichen Merkmale wie Herbizid-Toleranz oder Insektizid-Produktion geht es kaum hinaus. Der oft zitierte Goldene Reis, der den Vitamin-A-Mangel in Entwicklungsländern bekämpfen soll, hat keine Marktreife. Für ihn liege keine einzige Fütterungsstudie an Tieren vor, um das gesundheitliche Risiko zu beurteilen, bemängelt die Organisation Foodwatch. Auch die ökologischen Risiken seien nicht untersucht worden. Überdies, so BUND-Expertin Heike Moldenhauer, gebe es von den UN empfohlene Alternativen, die ohne Gentechnik auskommen.

Skepsis kommt auch beim Dürre-Mais auf, den BASF und Monsanto 2013 erstmals in den USA testeten. "Es ist zweifelhaft, ob dieser Mais gegenüber konventionell gezüchteten Sorten, die bereits auf dem Markt sind, echte Vorteile aufweist", meint der Münchener Wissenschaftler Christoph Then. So biete auch die Konkurrenz von Syngenta in den USA einen trockenheitstoleranten Mais an. Dieser stammt jedoch aus konventioneller Zucht und "scheint keineswegs schlechter zu sein" was die Dürre-Toleranz anbelangt, schreibt Then in der Studie "Cyberkrieg auf dem Acker - was blüht uns da?"

Der Grünen-Europaabgeordnete **Martin Häusling** zitiert genüsslich neuseeländische Wissenschaftler mit den Worten: "Die Landwirtschaft in den USA ist im Vergleich zu der Westeuropas in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht zurückgefallen - weil sie auf Gentechnik gesetzt hat." Das war das Ergebnis einer Studie der Universität Canterbury in Neuseeland. Deren Autoren haben Ernteerträge und Pestizideinsatz bei Mais, Raps und Soja verglichen. Das Resümee: Gentec-Pflanzen liefern keine höheren Erträge, benötigen aber - im Gegensatz zu den Behauptungen der Industrie - gleich viel oder sogar mehr Pestizide.

Die Industrie setzt dennoch auf Wachstum bei der Gentechnik. Doch sie übersieht, dass die Skepsis selbst dort zunimmt, wo man sie nicht vermutet. Etwa in China. So ließ sich 2013 ein Regierungssprecher der Volksrepublik zitieren, auch in China sei die Öffentlichkeit "sehr besorgt" über gentechnisch veränderte Nahrungs- und Futtermittel. Weltweit freilich sieht es anders aus: Außerhalb Europas, das zeigen die Zahlen der industrieabhängigen Agentur ISAAA, stieg der Anbau von Gen-Pflanzen in 2012 um zehn auf 170 Millionen Hektar. Der weltweite Anbau konzentriert sich dabei auf gerade sechs Länder: USA, Argentinien, Brasilien, Kanada, Indien, China. In China freilich macht der Gen-Anbau gerade drei Prozent der Agrarfläche aus.

Ein Blick ins EU-Kataster mit den Anbauversuchen belegt den Erwartungsdruck der Industrie: Dutzende Genpflanzen, etwa für die Verwendung als Futtermittel, Agrosprit oder T-Shirts, stehen zur Genehmigung an. Die Zahl allerdings sinkt, wie Forscher Then herausfand: 2013 wurden mehrere Anträge für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zurückgezogen: BASF zog drei Zulassungsanträge für Kartoffeln zurück, Monsanto verzichtete auf fünf Anträge zum Anbau von Mais und einen von Zuckerrüben. Doch der angekündigte Rückzug Monsanto trifft nicht zu: Zum einen bleiben die Amerikaner in Südeuropa aktiv, zum andern will der Konzern seine Herbizid-tolerante Soja vermarkten, um sie etwa auf Feldern in den Donauländern anzuzüchten.

"Die US-Landwirtschaft ist zurückgefallen, weil sie auf Gentechnik gesetzt hat"

12. Februar 2014

## EU-Minister winken Genmais durch; AGRAR Sachsen-Anhalt lehnt Einsatz nicht grundsätzlich ab.

VON PETER RIESBECK

**BRÜSSEL/MZ** - Europastaatsminister Michael Roth entschuldigte sich bereits vorab. "Ich gehe davon aus, dass es heute hier im Rat keine Mehrheit gegen den Anbau von Genmais in der Europäischen Union geben wird", sagte der SPD-Politiker und führte die Gemengelage noch einmal aus.

Die SPD-geführten Ministerien Umwelt und Wirtschaft lehnten die Zulassung der Genmais-Sorte 1507 des US-Herstellers Dupont Pioneer ab. Ebenso das von der CSU geführte Agrarministerium. Die CDU aber beharrte auf der Zulassung. "In so einem Fall sieht die Geschäftsordnung der Bundesregierung Enthaltung vor", sagte Roth. Und so blieb seine Hand unten.

Es gab im Kreis der 28 EU-Staaten weder eine Mehrheit für noch gegen die Zulassung der Genmaissorte. In solch einem Fall ist nach dem Vertragswerk die EU-Kommission am Zug. Gesundheitskommissar Tonio Borg hatte zuvor seine Zustimmung bekundet. Schließlich gebe es keine Bedenken der EU-Lebensmittelbehörde. Erstmals seit 15 Jahren wird so wieder eine Genmaissorte in der EU zugelassen.

Bundesagrарminister Hans-Peter Friedrich (CSU) kündigte umgehend an, sich für ein nationales Verbot von Genmais 1507 einzusetzen. Doch bröckelt die Front des Widerstands in Deutschland. Sachsen-Anhalts Agrarminister Hermann Onko Aeikens (CDU) etwa lehnt den Genmais nicht grundsätzlich ab. Gentechnisch veränderte Lebensmittel könnten zur Lösung existenzieller Probleme beitragen, sagte er. Angesichts hohen Energiebedarfs und weltweiten Hungers müsse mit dem Thema differenziert umgegangen werden. Das "ideologische Nein" sei dabei keine Antwort.

Genmais 1507 ist resistent gegen das Pestizid Glufosinat und entwickelt ein Gift gegen den Maiszünsler, der auch deutsche Landwirte plagt. Agrartechnisch freilich ist die in den 90er-Jahren entwickelte Maissorte längst überholt. Es geht bei der Zulassung also auch um die symbolische Grundsatzfrage, wie viel Gen es auf Europas Feldern eigentlich geben soll. Ausgebracht wird momentan nur die 1999 genehmigte Maissorte Mon810, die genveränderte Kartoffel Amflora von BASF erhielt zwar auch die Zulassung, wird allerdings nach langen Protesten nicht angebaut. Wissenschaftlich sind die Folgen umstritten. Befürworter loben die bessere Qualität der Ernte. Kritiker wie der Grünen-Europaabgeordnete **Martin Häusling** warnen vor Monopolstrukturen bei den Saatgutherstellern. "In den USA dominiert ein agroindustrieller Ansatz, mit mehr Pestiziden, mehr Antibiotika und Gen-Food. Das hat Auswirkungen bis hin zu einer Konzentration bei den Saatgutherstellern."

Kritik kommt aber auch aus Bayern. CSU-Chef Horst Seehofer kündigte seinen Widerstand gegen Genmais 1507 an. Und der Umweltverband Nabu warnte vor einem Verlust der Artenvielfalt und dem unkontrollierten Einsatz des Breitbandpestizids Glufosinat.

## EU macht Weg für Genmais frei; Agrarminister Friedrich will die Zulassung in Deutschland trotzdem verhindern

BRÜSSEL - Der umstrittene Genmais 1507 ist in Europa nicht mehr zu stoppen, obwohl die große Mehrheit der Mitgliedstaaten dagegen ist.

Nach stundenlangen Beratungen der Europaminister in Brüssel fanden sich zwar nur drei Staaten (Großbritannien, Schweden und Spanien), die für einen Anbau der gentechnisch veränderten Pflanze eintraten. Da sich aber neben Deutschland auch Portugal, Belgien und Tschechien der Stimme enthielten, reichte die Stimmenzahl der Gegner nicht für einen Anbaustopp aus.

Die EU-Spielregeln sehen vor, dass in einem solchen Fall EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg die letzte Entscheidung trifft: Der 56-Jährige aus Malta hatte schon vorher angekündigt, dass er eine Genehmigung ausstellen werde. Wann diese kommt, blieb allerdings offen. Deutschland hatte sich enthalten, weil die Bundesregierung in der Frage gespalten ist: Zwar sind die SPD-geführten Ministerien und CSU-Landwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich gegen die Aussaat. Aber die CDU-geführten Ministerien und das Kanzleramt stimmten für eine Genehmigung.

„Was schert uns der Wille des europäischen Verbrauchers“, kommentierte der grüne Europa-Abgeordnete **Martin Häusling** zynisch. Die Nürnberger Agrarexpertin des Bund Naturschutz, Marion Ruppner, kritisierte, Kanzlerin Angela Merkel sei vor der Gentechnik-Lobby eingeknickt.

Unklar bleibt, ob ein Anbau nun auch in Deutschland möglich wird. Die Regeln der EU sehen die Möglichkeit nationaler oder regionaler Ausstiegsklauseln vor, wenn ein Mitgliedstaat Erkenntnisse vorlegen kann, die zum Zeitpunkt der Zulassung nicht bekannt waren. Agrarminister Friedrich sagte, er sei „sehr optimistisch“, dass dies gelingen werde.

„Das klingt so, als hätte man erst zugesehen, wie das Kind in den Brunnen fällt, nur um dann der Erste zu sein, der ein Seil hinterherwirft“, sagte Nürnbergs OB Ulrich Maly. Er hält das Abstimmungsergebnis für „fatal“. Bei der Zulassung von 1507 gehe es vor allem um Geschäftemacherei von Großkonzernen. Die Bauern in der Region würden sich aber an ihre Selbstverpflichtung halten, keine Genpflanzen anzubauen. dre/sbe

(Bericht und Hintergrund Seite 3)

# STUTTGARTER ZEITUNG

Stuttgarter Zeitung

Mittwoch **12.** Februar 2014

## Berlin macht Weg für Genmais frei

### **EU-Ministerrat Die Regierung enthält sich - damit gibt es keine Mehrheit gegen die umstrittene Maissorte 1507. Christopher Ziedler**

Brüssel Kurz vor der Abstimmung hat Frankreichs Europaminister Thierry Repentin noch einmal eindringlich vor der Zulassung der genetisch veränderten Maissorte 1507 gewarnt. So kurz vor der Europawahl würden sich 'unsere Bürger an den Kopf langen', wenn man ein Ja zum Genmais beschließe und dies nur mit den Sachzwängen eines komplizierten Verfahrens begründe. 'Ich', so Repentin, 'kann das niemandem erklären.'

Hintergrund ist der Antrag des US-Herstellers Pioneer, der bereits im Jahr 2001 die Freigabe einer neuen Maissorte für den Anbau in Europa verlangt hatte. Sie wurde im Labor so verändert, dass sie gegen das Unkrautvernichtungsmittel Glufosinat resistent ist und ein Gift produziert, das den schädlichen Maiszünsler tötet. Im Wissen um die negative öffentliche Meinung in Bezug auf Gentechnikpflanzen ließ die EU-Kommission den Antrag lange liegen, doch das US-Unternehmen klagte vor dem Europäischen Gerichtshof und bekam recht - Brüssel musste daher im vergangenen Herbst den Mitgliedstaaten einen Zulassungsvorschlag unterbreiten.

Das Europaparlament, das sich wegen möglicher Gefahren für Schmetterlinge oder andere Insekten gegen eine Zulassung ausgesprochen hat, entscheidet in diesem Fall allerdings gar nicht mit. Die sogenannte Komitologieprozedur gibt nur den Mitgliedsländern die Möglichkeit, den Genmais-Anbau mit einer qualifizierten Mehrheit zu verhindern. Die einfache Mehrheit, die am Dienstag dazu zustande kam, reichte für die Ablehnung allerdings nicht aus. Obwohl 19 von 28 EU-Staaten sich teilweise vehement gegen den Genmais wehrten und wie Österreichs Außenminister Sebastian Kurz die Unbedenklichkeitsbescheinigung der europäischen Lebensmittelbehörde als 'unvollständig' zurückwiesen, kamen sie zusammen nur auf 210 Stimmen im Ministerrat und damit nicht auf die nötigen 260.

Das lag vor allem an Deutschland, das 29 Stimmen in die Waagschale werfen kann. 'Im Ergebnis', sagte der deutsche EU-Botschafter Peter Tempel im Hinblick auf die Uneinigkeit in der großen Koalition zu dem Thema, 'wird sich unsere Regierung der Stimme enthalten.' Zwar wäre auch mit den deutschen Stimmen keine Mehrheit erreicht worden, doch hätten sich möglicherweise auch andere anders entschieden, wenn die Bundesregierung gegen den Genmais votiert hätte. 'Deutschland kommt in solchen Fällen eine Leuchtturmfunktion zu', sagte ein EU-Diplomat in Brüssel.

Schon vor der Abstimmung hatte Tonio Borg als Vertreter der EU-Kommission darauf hingewiesen, dass 'eine Enthaltung in diesem Fall ein Ja ist'. Ohne eine gültige Mehrheit der Staaten gegen den Anbau muss seine Behörde die Maissorte 1507 am heutigen Mittwoch offiziell zulassen. Da gibt es keinen rechtlichen Spielraum', versicherten Juristen. Berlin hofft dennoch auf eine andere Entscheidung. 'Der Ball liegt jetzt im Feld der Kommission', sagte Europa-

Staatssekretär Michael Roth.

Der Grünen-Europaabgeordnete **Martin Häusling** sprach von einem 'Schlag ins Gesicht der europäischen Verbraucher'. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland teilte mit, Berlin habe 'auf ganzer Linie versagt'. Der Vorsitzende Hubert Weiger sprach von einem 'Armutzeugnis für die große Koalition', da die allermeisten Verbraucher Gentechnik ablehnten. 1507 ist nach der Sorte MON 810 von Monsanto die zweite gentechnisch veränderte Maissorte, die in Europa zugelassen wird. Einzelne Länder können aber von der EU-Zulassung abweichen, wenn sie ihre Bedenken wissenschaftlich begründen können. Diese Klausel will nun auch der neue Agrarminister Hans-Peter Friedrich nutzen.

Beim Import liegt die Sache anders. Hier ist auch die Maissorte 1507 längst ganz legal nach Europa gelangt und wird bereits an Tiere verfüttert, wie der EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg mitteilte. Er appellierte an die Mitgliedstaaten, endlich die von der Kommission vorgeschlagene neue Genpflanzen-Verordnung anzunehmen, die bisher von drei Ländern blockiert wird. Dann könnten die EU-Staaten autonomer als bisher entscheiden, ob auf ihrem Territorium gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden dürfen.

# STUTTGARTER ZEITUNG

Stuttgarter Zeitung

Mittwoch **12.** Februar 2014

## Erfolg für die Anhänger alter Pflanzensorten

**Votum Das Europaparlament stoppt die Pläne der EU-Kommission für eine neue Saatgutverordnung. Christopher Ziedler**

Für die Kritiker ist es ein großer Erfolg: Bis heute haben eine Viertelmillion Menschen über das Kampagnenportal Campact einen Aufruf gegen die geplante EU-Saatgutverordnung unterzeichnet. 'Alte und regionale Obst- und Gemüsesorten hätten kaum noch eine Chance - ganz im Gegensatz zu Industriesorten von Monsanto, Syngenta & Co.', heißt es darin. Mit ihrem Vorschlag, der zwölf bestehende Richtlinien auf diesem Gebiet zu einer unmittelbar geltenden Verordnung zusammenfasst, wolle die EU-Kommission dem 'Einheitssaatgut weiter den Weg ebnen'. Ursache hierfür sei vor allem die aufwendige Registrierungspflicht für die auf dem Binnenmarkt zugelassenen Sorten, die große Konzerne weitaus einfacher erfüllen können als kleine Züchter. Die Argumente haben nun Gehör gefunden.

Am Dienstag lehnte der Agrarausschuss die Gesetzesinitiative der Brüsseler Behörde ab. Deren Begründung klingt dabei ganz danach, als habe man die wütenden Protestaufrufe genau gelesen. 'Wir teilen die Befürchtung, dass mit der neuen Verordnung alte Saatgutarten nicht mehr zugelassen werden könnten und unsere bäuerliche Landwirtschaft sie nicht mehr nutzen kann', hieß es aus der CDU-Gruppe im Europaparlament. Die SPD-Abgeordnete Ulrike Rodust nannte die ursprüngliche Intention des Gesetzes, den Wust an Regelungen zusammenzuführen, 'in Ordnung', doch herausgesprungen seien im Ergebnis 'nur Vorteile für große Konzerne'. Sie nennt jedoch auch einige formale Gründe für die Zurückweisung. So wolle die EU-Kommission viele Details erst später über



sogenannte delegierte Rechtsakte klären, für die es nur der Zustimmung der Experten in den nationalen Regierungen bedarf, nicht aber der des Europaparlaments. 'Das ist eine Blackbox', sagt Rodust, 'das ist uns zu riskant.'

Die EU-Kommission hat nun drei Möglichkeiten. Sie kann den Vorschlag ganz zurückziehen, was allerdings nur sehr selten vorkommt. Sie kann ihn auch unverändert auf dem Tisch lassen und auf eine neue Position eines neu zusammengesetzten Parlaments hoffen. Oder sie legt einen abgeänderten Gesetzentwurf vor.

Darauf setzt der Grüne **Martin Häusling** - alles andere 'wäre eine Provokation'. In einer Resolution, die am Dienstag ebenfalls abgestimmt wurde, werden der EU-Kommission für die Überarbeitung Vorgaben gemacht. So soll die auch im aktuellen Text bereits enthaltene Nischenregelung für kleine Züchter und alte Sorten deutlich ausgeweitet werden. 'Die Erhaltungszucht und die ökologische Saatzucht müssen anders behandelt werden.' Die Bundesregierung wiederum glaubt nicht, dass nach dem Votum des EU-Parlaments noch einmal Schwung in die Sache kommt. 'Es könnte sein', sagt ein EU-Diplomat, 'dass die Saatgutverordnung sich nun versendet und gesetzgeberisch in der Sackgasse landet.' Einzig Andreas Riekeberg von der 'Kampagne für Saatgut-Souveränität' mag dem Frieden nicht recht trauen. Er nennt das Nein des Parlaments zwar einen 'Befreiungsschlag', befürchtet aber, dass nach der Europawahl ein neuer Vorschlag mit minimalen Änderungen auf dem Tisch liegen könnte. Dann müssten die Gegner wohl von Neuem mobil machen.



taz, die tageszeitung

Mittwoch **12.** Februar 2014

## EU-Parlamentarier lassen Saatgutreform durchfallen; KÖRNER III Angst um Vielfalt auf Acker und Teller: Agrarausschuss lehnt Entwurf der Kommission ab

von JOST MAURIN

### **Angst um Vielfalt auf Acker und Teller: Agrarausschuss lehnt Entwurf der Kommission ab**

BERLIN taz | Die von Agraraktivisten heftig bekämpften Pläne der EU-Kommission für ein neues Saatgutrecht stehen vor dem Aus. Am Dienstag lehnte der federführende Agrarausschuss des Europäischen Parlaments den kompletten Entwurf ab. Da auch die beiden großen Fraktionen das mittragen, ist es wahrscheinlich, dass auch das Plenum dem Ausschuss folgen wird, sagte der landwirtschaftspolitische Sprecher der Grünen, **Martin Häusling**, der taz.

Die erwartete Novelle hatte Massenproteste im Internet ausgelöst. Hunderttausende unterschrieben Petitionen gegen die Reform, weil sie die Vielfalt des Lebensmittelangebots reduzieren könne. Die neuen Regeln nützten Chemieunternehmen wie Monsanto oder Bayer, die den Markt für Saatgut bereits schon dominierten. Biozüchter kritisierten unter anderem, dass Ausnahmeregelungen

wegfallen sollen, die ihnen bisher die Zulassung ihrer Sorten erleichtern.

Abgeordnete im Agrarausschuss bemängelten bei ihrer Sitzung am Dienstag in Brüssel vor allem, dass die EU-Kommission den Mitgliedstaaten keinen Spielraum mehr bei der Umsetzung der europäischen Saatgutgesetze einräumen wolle. Denn bislang ist das Thema in zwölf Richtlinien geregelt, die jeder Staat in eigenes Recht gießt. Die Kommission will all das in einer Verordnung zusammenfassen, die direkt gilt. Zudem verlangt die Behörde die Vollmacht, Details etwa für Nischensorten fast ohne Mitsprache des Parlaments regulieren zu können.

Selbst der agrarpolitische Sprecher der konservativen EVP-Fraktion, Albert Deß (CSU), erklärte, er wolle im Europawahlkampf nicht für solche Regelungen geradestehen, die er nicht verantworten könne. Der Bayer sieht auch keinen akuten Handlungsbedarf für eine Reform. Bisher habe es wenig Beschwerden gegen das bestehende Saatgutrecht gegeben. JOST MAURIN

---